

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Sonderheft 3

3,00 DM

Inhalt	Seite
Gerhard Armanski, Jörg Pohlmann	Klassenkämpfe in Indien 1
Meghnad Desai	Revolution in Indien? 8
Gerhard Armanski, Jörg Pohlmann	Nachträge 35 (Die Rolle des westdeutschen Monopolkapitals; Theorie und Praxis der Naxalites und der CPI (ML); Analyse der indischen Gesellschaft durch CPI (R) und CPI (M); Zur Klassenanalyse Indiens; Asiatische Produktionsweise und britischer Imperialismus; Das Kastensystem; Die Rolle des Staatssektors in der indischen Wirtschaft)

Redaktion:
1 Berlin 12, Knesebeckstr. 16 II

Verlag und Vertrieb:
Politladen GmbH
852 Erlangen, Hindenburgstr. 17
Tel. 09131/25743 + 24850

Satz: Jürgen Scherbarth, Trittau

Druck:
Verlag Anton Hain KG,
Meisenheim am Glan

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS
erscheint zunächst vierteljährlich
Nr. 1 Anfang November 1971.
Preis des Einzelheftes DM 4,00 —
Sonderhefte je nach Umfang und Auflagenhöhe.
Abonnementspreis: DM 15,00 für vier Nummern
(Auslandluftpostzuschlag DM 2,50) inklusive Ver-
sandkosten. Die Lieferung wird aufgenommen, so-
bald der Betrag von DM 15,00 bzw. DM 17,50 für
4 Nummern bezahlt wurde. Dabei ist die Heftnum-
mer anzugeben, ab der das Abo gewünscht wird.
Sonderhefte sind im Abo nicht enthalten, sondern
werden zum Normalpreis getrennt berechnet. Die
Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen vor Ablauf des
jeweiligen 4-Nummern-Turnus.
Bezahlung durch Scheck oder Überweisung auf
Postcheckkonto 3234 — Politladen-GmbH —
PSchA Nürnberg.

Anfragen wegen Nachdrucken sind an den Verlag zu richten, ohne dessen Zustimmung je-
doch in jeder Form verboten.

KLASSENKÄMPFE IN INDIEN

Der Wahlsieg der neuen Kongreßpartei Anfang dieses Jahres über-
raschte bürgerliche wie sozialistische Beobachter gleichermaßen
- kaum jemand hatte nach dem Zerfall und scheinbar unabwendbaren
Bankrott der Kongreßpartei in den zwei Jahren zuvor mit einem
derartigen Ergebnis gerechnet. Der "Sozialismus" Indira Gandhis
wirft zweifellos viele Prognosen über die Entwicklung der Klas-
senkämpfe in Indien über den Haufen; die kommunistischen Parteien,
insbesondere CPI und CPM, werden ihre Taktik für einen längeren
Zeitraum umformulieren müssen. Zugleich aber reifen gerade in der
jetzigen Phase objektiv und subjektiv die sich polarisierenden
Klassen auf dem Land und in der Stadt in beschleunigtem Maße.

Die indische Entwicklung der letzten beiden Jahre ist gekenn-
zeichnet vor allem durch eine ökonomische Stagnation(1). In ab-
soluten Zahlen hat zwar die Produktion in Industrie und Land-
wirtschaft zugenommen, jedoch muß die zweimalige Abwertung der
Rupie als Ausdruck ökonomischer Ungleichgewichte genommen werden:
den ständig wachsenden Bedürfnissen der Produktion und Konsum-
tion steht eine mehr oder minder stagnierende Wachstumsrate des
Sozialprodukts gegenüber. Die Planziele des 3. Fünfjahresplans
und die der Zwischenpläne vor dem 4. sind durchgehend nicht er-
reicht worden. Die öffentlichen Betriebe arbeiten mit Verlusten.
Ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb des Existenzminimums,
die Zahl der Arbeitslosen dürfte mittlerweile über 10 % der er-
werbsfähigen Bevölkerung liegen. Das Problem der Arbeitslosigkeit
taucht im Entwurf des 4. Fünfjahrplanes gar nicht mehr auf, nach-
dem es in den vorhergehenden Plänen als eines der Hauptprobleme
angesehen wurde. Der Prokopfverbrauch soll laut dem 4. Plan von
15 rs. im Monat (Preise von 1960/61) auf 27 rs. (Preise von
1980/81) steigen, wobei der insgesamt ohnehin geringe Anstieg
durch die Abwertung der Rupie noch vermindert wird. Die Preis-
steigerung betrug Ende 1970 gegenüber dem Vorjahr 7,7 %, die
Preise für industrielle Rohmaterialien stiegen von 1968/69 bis
1969/70 um 14,5 %.

(1) Zahlen aus M.S. Menon, India and European Socialist
Countries, New Delhi 1970; und Frontier 35/1970, S.121 ff.

Die Interessen der nationalen Bourgeoisie (verbunden mit der Groß- und Mittelbauernschaft) kollidieren in zunehmendem Maße mit den Interessen der Groß- und Kompradorbourgeoisie und des Großgrundbesitzes. Die staatlichen Maßnahmen zur Beschleunigung der Überwindung vorkapitalistischer Produktionsweisen stützten sich fast ausschließlich auf die erstgenannte Kapitalfraktion. Die "grüne Revolution", soweit sie den Bauern u.a. Kredit und fixes Kapital verschaffen sollte, kam - wenn überhaupt - nur einer kleinen Zahl von Groß- und Mittelbauern zugute, deren Eigentum rücklage- und akkumulationsfähig war. Soweit sie den Landbesitz nach oben begrenzen sollte, wurde sie faktisch nicht durchgeführt. Groß- und Kompradorbourgeoisie wie auch das ausländische Kapital konnten gleichzeitig ihre Profite stabilisieren, ja sogar stellenweise vergrößern.

Die Widersprüche zwischen den herrschenden Klassen, ihr Kampf um die Richtung der ökonomischen Entwicklung und um die Staatsmacht, spitzten sich zu. Ihren politischen Ausdruck fanden sie in der Spaltung der Kongresspartei Ende 1969, wobei die Rolle rein persönlich machtpolitischer Motive hierbei nicht übersehen werden darf; es sich keinesfalls um eine reinliche Scheidung handelt. Man wird aber sagen können, daß das "Syndikat" (der alte Kongress) Groß- und Kompradorbourgeoisie, Großgrundbesitz und teilweise ausländisches Kapital repräsentiert, der neue Kongress mit Indira Gandhi hingegen die Nationalbourgeoisie, die Mittel- und Großbauern. Beide Fraktionen, insbesondere der neue Kongress, verfügen zudem über eine Massenbasis unter Kleinbürgertum und Halbproletariat. Während das "Syndikat" Liberalisierung des Außenhandels, weitgehende Abschaffung der staatlichen Planung forderte, nationalisierte der neue Kongress die großen indischen Banken und versuchte über sie, die Kapitalisierung der indischen Wirtschaft voranzutreiben. Die neulich verabschiedeten Antimonopolgesetze sollen kleinere Investitionen fördern, Investitionen über 10 Mill. Rupies müssen von der Regierung genehmigt werden. Doch hat auch diese Maßnahme bisher zu keiner nennenswerten Stärkung der kleineren und mittleren Kapitale geführt. Zwar bedeuten diese Maßnahmen eine Einschränkung der Großbourgeoisie, deren ökonomischer und politischer Einfluß nicht gebrochen ist. Im Gegenteil: die in den letzten zwei Jahren weiterhin zunehmende Öffnung des öffentlichen Sektors der Industrie für privates Kapital zog hauptsächlich das Großkapital an. Die Interessen der Klassen und Klassenfraktionen, deren politischer Ausdruck der neue Kongress ist, können keines-

wegs, wie das die CPI tut, einfach als fortschrittlich bezeichnet werden. Es ist höchst ungewiß, ob sich die schwache indische Nationalbourgeoisie überhaupt gegen Imperialismus und Kompradoren sowie Großgrundbesitz durchsetzen können wird - auf jeden Fall wird dieser Kampf die Widersprüche in Landwirtschaft und Industrie beschleunigt zuspitzen.

Bei den Wahlen im März 1971 wurde laut privaten Meinungsumfragen der neue Kongress zu 70 %, das Syndikat hingegen nur zu 30 % von der Privatindustrie unterstützt. Der neue Kongress gab die Wahlkampfpapare aus(2), daß der "Hauptkampf den reichen Interessenvertretern und den reaktionären Kräften" gelte, eine "breitere Streuung des Eigentums im Privatsektor" bewirkt werden müsse und eine "stärkere Besteuerung der Reichen" vorgenommen werden müsse. Alle diese "sozialistischen Ziele" sollten friedlich und "ohne Verletzung der demokratischen Prinzipien" erreicht werden. Indira Gandhi verdammt die "Große Allianz" (Zusammenschluß der Rechtsparteien) wegen ihrer "mittelalterlichen Politik" und wegen ihres "religiösen Fanatismus", war aber andererseits zu deutlichen Zugeständnissen an den Aberglauben gerade der ländlichen Massen gezwungen. Die breite Massenforderung nach einer Begrenzung des Landbesitzes versuchte sie, durch einige wenige spektakuläre Landbesetzungen seitens ihrer Partei aus dem Fahrwasser der Kommunisten zu ziehen. So dürfte der große Wahlerfolg des Indira-Kongresses (351 von 521 Sitzen im Parlament, die "Große Allianz" 49 Sitze, CPI und CPM 23 bzw. 25 Sitze)(3) auch zum größten Teil auf den Stimmen von Kleinbauern, Angestellten und Beamten, sowie vor-, halb- und lumpenproletarischen Schichten basieren. Zwischen dieser Wählerbasis, die Sozialreformen populistischer Art erwartet, und der objektiven Funktion der neuen Kongresspartei als Repräsentant bestimmter Teile der herrschenden Klassen ist ein Widerspruch angelegt, der sich in der nächsten Zeit unweigerlich verschärfen wird.

Entsprechend ihrer Analyse des Indira Gandhi-Flügels der ehemaligen Kongresspartei stützte die CPI den neuen Kongress von vornherein nahezu vorbehaltlos. Trotz der eher abweisenden Taktik Indira Gandhis gegenüber den Kommunisten, hängt sich die CPI an den neuen Kongress an und empfahl ihren Wählern sogar, in für

(2) zum Folgenden vgl. Neue Zürcher Zeitung, 28.2.71

(3) Angaben zur Wahl in NZZ 25.2.1971 und Times 15.3.1971

CPI-Kandidaten aussichtslosen Wahlkreisen den neuen Kongress zu wählen (und nicht etwa andere kommunistische oder linke Parteien).

Die Taktik der drei KPs läßt sich anhand ihres Eingreifens in die jüngsten ökonomischen und politischen Kämpfe ziemlich deutlich darstellen. Hier soll als Beispiel(4) die Entwicklung im staatlichen Stahlwerk Durgapur in Westbengalen Mitte 1970 genommen werden, wo mit 20.000 Arbeitern ein hoher Vergesellschaftungsgrad der Arbeit vorliegt, damit eine der wesentlichsten objektiven Voraussetzungen für die Entwicklung von Klassenbewußtsein. Dieses Stahlwerk war infolge von Fehlentscheidungen und Fehlplanungen, nicht zuletzt aber durch Korruption, oft teilweise funktionsunfähig und nicht voll ausgelastet. Den Arbeitern wurden nur geringfügige gewerkschaftliche Rechte zugestanden. Als die Unruhe unter den Arbeitern wuchs, drohte die Werksleitung mit Aussperrung und Schließung des Werks. Daraufhin beschloß das Gewerkschafts-Koordinationskomitee den Streik, ohne dabei das Bewußtsein der Arbeiter berücksichtigt und ihnen die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Streiks vorher einsichtig gemacht zu haben. Der Streik gewann rasch einen politischen Charakter, Polizei und Armee-Einheiten besetzten das Werk. Gleichwohl hatte die große Mehrheit der Arbeiter den Streikaufruf befolgt. Nach Ablauf eines Ultimatus der Werksleitung wurden die Arbeiter gewaltsam aus ihren Wohnungen geholt und in die Fabrik gefahren. Trotz richtiger taktischer Gegenzüge der Gewerkschaften war das Abbröckeln der Streikfront nicht mehr zu verhindern. Die CPI tat von Anfang an alles, um den Streik abzublocken, versuchte dann während des Streiks die Zahl der Arbeitswilligen zu erhöhen und vertrat so offen eine arbeiterfeindliche Politik. Die CPM hat zwar die Mobilisierung vor allem der Arbeiterfrauen mit getragen und den Streik im wesentlichen mit geführt, war aber in entscheidenden Augenblicken zurückhaltend und trug damit zur Niederschlagung des Streiks indirekt bei.

Die verschiedenen Linien beider KPs zeigen sich auch in ihrer Politik gegenüber den übrigens heillos zersplitterten, oft rein personalistisch und pfündenhaft organisierten Gewerkschaften. Nach der Spaltung der KP brach auch allmählich die Einheit des von ihr bestimmten allindischen Gewerkschaftsbundes auseinander.

(4) nach Frontier 17, 24 und 32/1971

Gegenwärtig scheint der Kampf der CPM gegen die stark klassenkollaborationistische Gewerkschaftlinie der CPI zum Auseinanderbrechen der AITUC zu führen(5).

Die CPI-geführte United Democratic Front konnte bei den Wahlen in Westbengalen vom Frühjahr 1971 von 270 Sitzen nur 25, die CPM-geführte United Left Front hingegen 119 und der neue Kongress 104 Sitze gewinnen(6). Der Charakter der CPI entlarvt sich in ihrem dann folgenden Bündnis mit dem neuen Kongress statt mit der CPM.

Während das Schwergewicht der Arbeit von CPI und CPM seit je außer bei armen und mittleren Bauern im Proletariat liegt, ist unter den Maoisten erst in jüngster Zeit eine Änderung der revolutionären Taktik zu beobachten(7), jetzt neben dem Kampf auf dem Lande auch den in der Stadt zu führen. Eine Gruppe der Maoisten, die CPI/ML änderte Ende 1970 ihre bisherige politische Linie, Guerillakämpfe auch ohne Massenbasis aufzunehmen, zugunsten eines mit Bewußtsein und Kampfbereitschaft der Massen vermittelten Kampfes. Analog in den Städten, wo die Partei früher die Arbeit in Massenorganisationen völlig ablehnte, nun aber die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften aufnimmt. Der tendenziell putschistische Aktionismus der Studenten wurde eingeschränkt und die Notwendigkeit, jede Aktion mit dem Stand der Klassenkämpfe auf dem Land und in der Stadt abzustimmen, anerkannt.

Die andere Hauptfraktion der Maoisten, die nicht der CPI/ML angehörenden Andhra-Kommunisten, vertreten eindeutig die Taktik, sich von vornherein im Kampf auf die Massen zu stützen und präzise die verschiedenen Stufen des Kampfes und der Verankerung in den Massen zu unterscheiden - während die CPI/ML ihre Linie unflexibler als für jegliche Situation gültig ansieht. Es ist durchaus möglich, daß sich die in letzter Zeit sehr erfolgreiche Taktik der Andhra-Kommunisten durchsetzt, eine Vereinheitlichung der maoistischen Gruppierungen beginnt.

Noch einige Bemerkungen zur jüngsten außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Entwicklung. 1969 bot die Öffnung des öffentlichen Sektors für privates Kapital verbesserte Möglichkeiten für ausländisches Kapital in Indien. Wegen der politischen Unsicher-

(5) Frontier 4/70

(6) vgl. NZZ 15.3.1971

(7) vgl. Frontier 43, 13-15, 28-29/1970 und 41-42/1971

heiten nach der Spaltung der Kongresspartei und vor den Wahlen blieb sie zunächst jedoch weitgehend unausgenutzt, zumal die Haltung des neuen Kongresses zum ausländischen Kapital sehr schwankend ist. Im Außenhandel zeichnet sich eine zunehmende Rolle der Comecon-Länder ab, die bald der wichtigste Handelspartner Indiens sein dürften(8), dem ein klares Überwicht der kapitalistischen Länder bezüglich der Investitionen in Indien gegenübersteht.

Die innerpakistanischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit nutzte Indien zu einer Schwächung Pakistans. Doch ging man nicht so weit, die Tendenzen zur Vereinigung beider Teile Bengalens (Westbengalen in Indien, Ostbengalen in Pakistan) zu fördern, vor allem auch weil man den Einfluß der starken KPs in Westbengalen nicht ausweiten wollte. Völlig widersprüchlich war die Haltung der VR China im Pakistankonflikt(9). Die Unterstützung der pakistanischen Zentralregierung gegen die nicht nur national unterdrückten Klassen Ostpakistans ist kaum anders als machtpolitisch motiviert erklärbar, zumal in der Bangla Desh-Bewegung sich genügend Tendenzen der Transformation dieser ursprünglich separatistischen Bewegung zur klassenkämpferischen zeigten.

Wir werden die Analyse der Klassenkämpfe in Indien fortsetzen mit dem folgenden, von uns übersetzten Artikel Mehgnad Desais aus der "New Left Review". Doch heißt das nicht, daß wir ganz der Auffassung Desais sind. Im Gegenteil sind ihm teils schwerwiegende inhaltliche (vgl. die Einschätzung der Kongresspartei) Fehler, Unterlassungen (die CPI kommt viel zu knapp weg) und methodische Unzulänglichkeiten (z.B. in der Frage der Klassenanalyse) nachzuweisen. Daß wir diesen Aufsatz gleichwohl abdrucken, hat hauptsächlich zwei Gründe: zum einen bietet er, auf der neuesten Literatur fußend, eine sehr informative Darstellung (mehr als Analyse) der wichtigsten Tendenzen der indischen Klassenkampf Bewegung; zum zweiten ist uns keine bessere Analyse bekannt(10), und wir sehen uns auch in absehbarer Zeit nicht in der Lage, sie methodisch und inhaltlich genügend ausgewiesen vorzulegen. Der Aufsatz Desais ist deswegen lediglich als erster Schritt auf dem Weg der

(8) NZZ 6.1.71

(9) Und gänzlich unverständlich die dogmatische Übernahme der chinesischen Position durch einen Westberliner Zirkel; vgl. "Zur Lage in Pakistan", RPK 116/71

(10) Der jüngste Versuch eines Bonner Autorenkollektivs leidet trotz mancher richtigen Einzelschätzung (bes. der Klassen S. 33-68) an inhaltlicher und methodisch-begrifflicher Unzulänglichkeit.

Informationen über Indien; Verlag Neue Linke, 53 Bonn, Königstr.65

Analyse Indiens anzusehen. Ihn jetzt zu tun, ist auch durch die Relevanz der gegenwärtigen Vorgänge in Indien für die politische Lage in Südostasien und u.a. für den westdeutschen Imperialismus gerechtfertigt.

Wir haben in den Nachträgen A - G versucht, durch umfangreiche Verbesserungen und Ergänzungen des Desais'schen Artikels die Gesamtaussage der vorliegenden Broschüre trotz aller Vorläufigkeit möglichst ausgewogen zu halten.

Westberlin, Juli 1971

Gerhard Armanski

Jörg Pohlmann

NR. 1 NOVEMBER 71

AUS DEM INHALT:

KRITIK DER THEORIE VOM
STAATSMONOPOLISTISCHEN
KAPITALISMUS.

ZUR WÄHRUNGSKRISE.

IN ALLEN LINKEN
BUCHHANDLUNGEN.



PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

ZEITSCHRIFT FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE UND SOZIALISTISCHE POLITIK